

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Die Investitionspolitik der Sowjetzone

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1963) : Die Investitionspolitik der Sowjetzone, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 7, pp. 287-298

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133321>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die Investitionspolitik der Sowjetzone

Die Investitionspolitik, wie überhaupt die gesamte Wirtschaftspolitik der Zone, steht unter einem doppelten Zwang, nämlich einmal dem kommunistischen Wirtschaftsdogma gerecht zu werden und zum anderen den praktischen Erfordernissen des ökonomischen Wettbewerbs mit einem Mindestmaß an Beweglichkeit zu begegnen. Aus diesem Widerspruch resultierte eine ganze Kette von Fehlern, Mißständen und Schwierigkeiten in der Organisation der Planung und Durchführung der Investitionen, wodurch die Effektivität der Investitionspolitik der Zone nachhaltig beeinträchtigt wurde.

So ist es ein offenes Geheimnis, daß die Zone seit Jahren unter allen Ostblock-Ländern die niedrigste Zuwachsrate der Industrieproduktion aufweist und im Wachstumstempo der Produktion auch wesentlich hinter den Anforderungen im Wirtschaftswettbewerb mit der Bundesrepublik zurückbleibt.<sup>1)</sup> Als Ausweg aus diesem offensichtlichen Mißerfolg konzentriert die Zonenpropaganda die Hoffnungen der Parteikader jetzt auf ein von der SED-Führung nach sowjetischem Muster konzipiertes „ökonomisches System der Planung und Leitung“.<sup>2)</sup>

Dieses System, dessen Organisierung in vollem Gange ist, wie eine Wirtschaftskonferenz der SED-Führung und des Zonen-Ministerrats am 24. und 25. Juni 1963 in Ostberlin mit ausgewählten Funktionären aus dem Partei- und Wirtschaftsapparat zu erkennen gab, steht im Gegensatz zu früheren Reformen der Planungs- und Leitungspraxis unter „ökonomisierenden“ Vorzeichen. Aus parteitaktischen Erwägungen, psychologisch von der SED-Führung entsprechend vorbereitet, zielt dieser als „schöpferischer Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie“<sup>3)</sup> deklarierte ökonomische Pragmatismus auf eine komplexe Beeinflussung der Wirtschaftsprozesse durch Anwendung sog. ökonomischer Hebel wie Kredit, Gewinn und Prämie ab, wobei die Anlehnung an die marktwirtschaftliche Praxis des Westens nicht zu übersehen ist.

Die Forderung der Parteiführung, den „Arbeitsstil der Administration und des Reglementierens“<sup>4)</sup> durch „ökonomisches Denken und Handeln“<sup>5)</sup> zu ersetzen, ist dabei ebenso von den „unerbittlichen Bedingungen des ökonomischen Wettbewerbs“<sup>6)</sup> diktiert wie die radikalen Umgestaltungen im Gebäude der Planung und Leitung der Zonen-Wirtschaft. „Höchster ökonomischer

nutzeffekt“ lautet die Devise.<sup>7)</sup> Dem Zwang, weniger ideologisch als ökonomisch-pragmatisch zu denken, wie es die SED-Führer letztlich von ihren Funktionären jetzt verlangen<sup>8)</sup>, unterliegt natürlich auch das Bestreben, die ökonomische Effektivität der Investitionspolitik als tragenden Pfeiler der neuen wachstumsorientierten wirtschaftspolitischen Konzeption der SED-Führung zu erhöhen. Der Erfolg des „ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ hängt allerdings davon ab, inwieweit es der SED bei dessen praktischer Verwirklichung gelingen wird, systeminhärente Hindernisse zu beseitigen bzw. unwirksam zu machen.

## INVESTITIONSFINANZIERUNG DURCH DEN AKKUMULATIONSFONDS

Zum besseren Verständnis der Investitionspolitik der Zone sollen dieser Analyse einige Ausführungen vorangestellt werden, die über die theoretische Grundproblematik des Untersuchungsgegenstandes informieren wollen.

### Verwendung des Nationaleinkommens (in %)

Jahr	Akkumulation				Konsumtion			
	Insgesamt	Erweiterung d. Grundmittel		Zuwachs an Beständen und Reserven	Insgesamt	Gesellsch. Konsumtion	Indiv. Konsumtion	darunter Einzelhandelsumsatz
		Im Bereich d. materiell. Produktion	Im nicht-materiell. Bereich					
1950	8,4	3,1	2,1	3,2	91,6	7,2	84,4	60,1
1951	9,7	3,4	2,4	3,9	90,3	6,7	83,6	64,3
1952	10,6	3,9	2,6	4,2	89,4	6,2	83,2	65,6
1953	12,3	5,3	3,0	3,9	87,7	6,4	81,3	65,7
1954	9,1	5,5	2,8	0,8	90,9	8,0	83,0	67,8
1955	12,3	7,5	3,3	1,5	87,7	8,1	79,5	64,5
1956	15,7	10,2	3,8	1,7	84,3	7,9	76,5	62,8
1957	16,9	9,8	3,9	3,1	83,1	7,8	75,3	61,4
1958	20,1	10,5	3,7	5,8	79,9	7,7	72,3	59,7
1959	20,0	11,6	4,2	4,2	80,8	7,5	72,5	60,6
1960	19,1	13,0	4,1	2,0	80,9	7,5	73,4	62,3
1961	18,1	12,5	4,2	1,4	81,9	7,7	74,2	63,6

Quelle: „Statistisches Jahrbuch der DDR“, Berlin-Ost 1961 bzw. 1962.

Die Zone finanziert die Investitionen, wie übrigens alle kommunistisch regierten Staaten, aus dem sogen. Akkumulationsfonds; das ist der Teil des Nationaleinkommens, der für Neuanlagen im Produktionsbereich und Konsumtionsbereich sowie für die Erhöhung der Bestände und die Bildung von Staatsreserven verwendet wird. Die Investitionen sind also ein Teil der Akkumulation. Nach Auffassung der Partei-Ideologen ist die Akkumulation „ein wesentliches Erfordernis für das Bestehen und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, für die sozialistische Reproduktion.“<sup>9)</sup> Über ihre wertmäßige Begrenzung entscheidet praktisch die Akkumulationssumme, die effektiv für Investitionen zur Verfügung steht.

1) K. Steinitz, „Investitionen und Wachstumstempo der Produktion“, in: „Wirtschaftswissenschaft“, Berlin-Ost 1963, Heft 1, S. 12.

2) G. Mittag, „Das neue ökonomische System der Planung und Leitung — Ergebnis der schöpferischen Arbeit unserer Partei“, in: „Einheit“, Berlin-Ost 1963, Heft 4, S. 8 f.

3) W. Kalweit, O. Reinhold, „Karl Marx und das ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“, in: „Neues Deutschland“ vom 10. 5. 1963, S. 5.

4) G. Mittag, „Wir brauchen jetzt ein durchdachtes System der ökonomischen Leitung“, in: „Die Wirtschaft“, Berlin-Ost 1963, Nr. 4, S. 5.

5) Ebenda, S. 5.

6) Ebenda, S. 5.

7) G. Mittag, „Das neue ökonomische System der Planung und Leitung . . .“, a. a. O., S. 15.

8) Ebenda, S. 15.

9) Autorenkollektiv, „Das Finanzsystem der DDR“, Berlin-Ost 1962, S. 116.

Das allerdings hängt ausschließlich ab vom Wachstum einmal der Bruttoproduktion oder des sogen. gesellschaftlichen Gesamtprodukts — hierunter will man „die Gesamtheit aller in der Gesellschaft während eines Jahres erzeugten materiellen Güter“<sup>10)</sup> verstanden wissen — und zum anderen des Nationaleinkommens, das nach herrschender Lehrmeinung die Summe der in der materiellen Sphäre erzeugten Nettoproduktion darstellt<sup>11)</sup>, wie die nachstehende Tabelle zeigt.

**Gesellschaftliches Gesamtprodukt (Bruttoprodukt) und Nationaleinkommen (Nettoprodukt)**  
(in Mill. DM-Ost)

Jahr	Bruttoprodukt		Nettoprodukt	
	Insgesamt	Industrie	Insgesamt	Industrie
1950	50 946	28 489	30 344	14 668
1951	61 614	34 926	36 940	18 467
1952	71 080	40 826	42 181	21 660
1953	77 889	45 581	44 419	22 739
1954	84 643	52 535	48 328	27 266
1955	91 071	56 658	52 552	30 028
1956	96 196	60 778	54 713	31 747
1957	102 834	64 129	58 504	33 462
1958	115 410	74 275	64 899	38 924
1959	128 004	83 548	70 428	43 561
1960	135 853	89 301	73 641	46 324
1961	142 385	94 891	76 678	49 254

Quelle: „Statistisches Jahrbuch der DDR“, Berlin-Ost 1961 bzw. 1962.

Es bestehen demzufolge zwischen der Akkumulation und dem Wachstum der Bruttoproduktion und der Nettoproduktion quantitative Beziehungen, die nach dem offenen Eingeständnis des Ostberliner SED-Professors Jürgen Kuczynski von den Zonen-Wissenschaftlern allerdings bis heute völlig ungenügend untersucht worden sind. Das Fehlen einer wissenschaftlich begründeten Orientierung für die Planung und die statistische Untersuchung dieser Prozesse stellt jedoch die belebenden Effekte ernsthaft in Frage, die sich die SED-Führung von ihrer neuen investitionspolitischen Konzeption auf die Zonen-Wirtschaft verspricht. Diese Befürchtung kommt auch in einem vom Zentralorgan der SED-Führung „Neues Deutschland“ veröffentlichten Artikel Kuczynskis, wenn auch nur zwischen den Zeilen, deutlich zum Ausdruck. Es heißt dort u. a.:

„Nicht wenige Politökonomien begnügen sich bei uns noch heute einfach mit dem Hinweis darauf, daß die Akkumulationsrate in Westdeutschland oder in der Sowjetunion höher sei als bei uns, und verlangen als Mittel zur Lösung einer Reihe von Wachstumsschwierigkeiten (Umschreibung für die Krise der Zonen-Wirtschaft — d. Verf.) einfach und schlicht auch für uns eine entsprechend höhere Rate der Akkumulation.“

Natürlich soll auch unsere Rate der Akkumulation steigen. Aber ist das unser einziges Hauptproblem? Ist es nicht ebenso wichtig, sich mit dem Nutzeffekt unserer Investitionen zu beschäftigen und ihn zu steigern? Einige wenige Politökonomien beschäftigen sich mit dieser Frage methodologisch und global. Aber an konkreten Unter-

suchungen für einzelne Industrien und Projekte fehlt es ganz oder fast ganz, weshalb wir auch methodologisch kaum vorwärts kommen, kaum aussagekräftige Kennziffern entwickeln und überhaupt keine Ahnung in unseren politökonomischen Arbeiten vermitteln über das relative Gewicht, das wir in der nächsten Zeit der Erhöhung der Rate der Akkumulation und der besseren Ausnutzung der vorhandenen und laufend vollendeten Investitionen zu geben haben.“<sup>12)</sup>

#### WECHSELVOLLE INVESTITIONSPOLITIK

Auf dem Hintergrund dieser Feststellungen ist es von aktuellem Interesse, die Investitionspolitik der Zone in ihrer Richtung und Begrenzung seit 1945 zu kennen. Die Planung und Durchführung der Investitionen wird dabei näher zu untersuchen sein, um Aufschluß über die Motive der SED-Führung zu gewinnen, die letztlich für die gegenwärtig sich vollziehenden radikalen Veränderungen in der Investitionspraxis der Zone bestimmend waren.

#### Externe und interne Einflüsse

In den ersten Jahren nach 1945, etwa bis Ende 1950, war die Investitionspolitik der SED ausschließlich auf die Überwindung der Kriegsfolgen in der Zonen-Wirtschaft ausgerichtet. Die von 1948 bis 1950 bereitgestellten 2 Mrd. DM-Ost flossen in die Grundstoffindustrien; hier vor allem in die Kohlenindustrie und das Hüttenwesen, ferner in den Maschinenbau, die Energieerzeugung (Generalüberholung der Kraftwerke) und in das Transportwesen.<sup>13)</sup> Nicht eingerechnet in diese 2 Mrd. DM-Ost sind die Investitionen der Privatwirtschaft der Zone. Sie wurden zu dieser Zeit noch in überwiegendem Maße aus eigenen Mitteln finanziert, eine Möglichkeit, die später mit der sogen. sozialistischen Umgestaltung der Privatindustrie nicht mehr bestand.

Es ist müßig, heute darüber Spekulationen anzustellen, wodurch die in ihrem Umfang bescheidene Investitionstätigkeit mehr beeinflußt wurde, ob durch die Demontage- und Reparationspolitik der Besatzungsmacht oder durch die Wirtschaftspolitik der SED. Für den Fortgang der Untersuchung soll die Feststellung genügen, daß man beide Faktoren gleichwertig dafür verantwortlich machen kann. Daraus ergab sich für die Investitionspolitik der Zone damals die Notwendigkeit, die verfügbaren Mittel konzentriert einzusetzen.

#### Abteilung I dogmatisch sanktioniert

Entsprechend dem auch für die SED verbindlichen Wirtschaftsdogma vom vorrangigen Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln, der sogen. Abteilung I (im Gegensatz zur Produktion von Konsumtionsgütern, auch als Abteilung II bezeichnet), erfolgten die Investitionen vor allem in bestimmten Zweigen der Schwerindustrie. Diese Konzentration begann

10) „Ökonomisches Wörterbuch“, Übersetzung aus dem Russischen, Gesamtdirektion G. A. Koslow und S. P. Perwuschin, 3. Auflage, Berlin-Ost 1962, S. 107.

11) H. Kozioliek, „Grundfragen der marxistisch-leninistischen Theorie des Nationaleinkommens“, Berlin-Ost 1957, S. 25.

12) J. Kuczynski, „Genügt unsere Forschung den Erfordernissen der Praxis?“, in: „Neues Deutschland“ vom 24. 8. 1962.

13) „Dokumente der SED“, Band II, Berlin-Ost 1952, S. 58.

übrigens, wie bereits erwähnt, vor dem ersten Fünfjahresplan, im sogen. Zweijahresplan 1949/50.<sup>14)</sup> In der Zeit nach 1950 wurde diese Richtung in der Investitionspolitik der Zone von der SED-Führung auf Kosten anderer Wirtschafts- und Industriezweige, insbesondere jedoch des technischen Niveaus der Industrie<sup>15)</sup> und der Landwirtschaft weiter forciert, was seinen Ausdruck im Investitionsprogramm des ersten Fünfjahresplanes 1951/55 fand.<sup>16)</sup> Danach sollten insgesamt für 28,614 Mrd. DM-Ost Investitionen einschließlich Kredite und Eigenleistungen in der Wirtschaft der Zone vorgenommen werden. Hierbei entfielen auf:

	Mrd. DM-Ost
Industrie	15,372
Transport- und Verbindungswesen	2,671
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	1,764
Handel	0,532
Volksbildung, Wissenschaft und Kunst	1,423
Gesundheits- und Sozialwesen	0,657
Jugend und Sport	0,300
Wohnungsbau und Neubauernprogramm	3,456
Örtliche Wirtschaft	0,894

Natürlich verfolgte die SED-Führung mit ihrer Investitionspolitik nicht nur ökonomische Ziele, im Gegenteil, sie war ausschließlich von klassenkämpferischen Erwägungen diktiert, nämlich einmal den sogen. sozialistischen Wirtschaftssektor auf Kosten des privatwirtschaftlichen Sektors auszuweiten und zum anderen die „ökonomische und politische Position der Arbeiterklasse“ zu stärken.<sup>17)</sup>

Der Hauptanteil mit etwa 95 % der staatlichen Investitionen, die im Verlauf des ersten Fünfjahresplanes für die Zonen-Industrie verausgabt wurden, entfiel auf die Produktion von Produktionsmitteln<sup>18)</sup>, womit die SED-Führung in der Praktizierung der These vom vorrangigen Wachstum der Schwerindustrie sogar noch die Sowjetunion übertraf; hier schwankte von 1928 bis 1936 der Anteil der Leichtindustrie, der sogen. Abteilung II, an den Gesamtinvestitionen immerhin noch zwischen 12,1 und 23,2 %.<sup>19)</sup>

Die Folgen des überspitzten Investitionskurses der SED-Führung begannen sich verhältnismäßig rasch abzuzeichnen. Abgesehen von einer generellen Verschärfung der Widersprüche in der Ökonomik der Zone, die sich in nicht geringem Maße auf die Lebenslage der Bevölkerung auswirkte, war beispielsweise in solchen Zweigen wie der Leicht- und Lebensmittel-

industrie, Teilen des Verkehrswesens und der Kommunalwirtschaft bis 1953 in vielen Betrieben „die einfache Reproduktion kaum gewährleistet bzw. nur eine gering erweiterte Reproduktion“<sup>20)</sup> zu verzeichnen. Durch die Konzentration der Investitionsmittel auf die Metallurgie und den Schwermaschinenbau blieben andere dringende volkswirtschaftliche Aufgaben, so vor allem die Verbesserung des technischen Niveaus der Industrie, die Modernisierung der Leicht- und Lebensmittelindustrie, ferner die Erweiterung der Zulieferindustrie im Maschinenbau — vom Wohnungsbau ganz zu schweigen — ungelöst. Infolgedessen entstanden neue Disproportionen, so vor allem das die Zonen-Wirtschaft zunehmend belastende Mißverhältnis zwischen der Kohle-Energie-Basis und dem Energieverbrauch<sup>21)</sup>, obwohl es das erklärte Ziel der Investitionspolitik der SED war, die „infolge der Spaltung Deutschlands in der Industrie vorhandenen Disproportionen“<sup>22)</sup> zu überwinden.

#### 17. Juni: Scheinbare Konsequenzen aus den Lehren

Die Versuche der SED, ihre verfahrenere Wirtschaftspolitik mit verschärften Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten fortzusetzen, scheiterten schließlich am Widerstand der Arbeiterschaft der Zone. Auf Grund der Schlußfolgerungen aus den Ereignissen des 17. Juni 1953 proklamierte die SED-Führung den von parteitaktischen Erwägungen diktierten sogen. Neuen Kurs, der angeblich eine „ernsthafte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der politischen Verhältnisse“ bewirken sollte.<sup>23)</sup> Das Investitionsprogramm erfuhr zwar eine Änderung. So kürzte man beispielsweise die Investitionsaufwendungen für die Schwerindustrie um 600 Mill. DM-Ost, gab dem Wohnungsbau sowie der Leicht- und Lebensmittelindustrie zusätzliche Investitionsmittel<sup>24)</sup> und setzte die für 1954 und 1955 vorgesehenen Investitionen herab. Aber die SED-Führung dachte dabei nicht im entferntesten daran, einer ausgewogeneren Wirtschaftspolitik den Vorzug zu geben, wie ein Blick auf die erste Tabelle zeigt.

Aus ihr geht klar hervor, daß die Akkumulationsrate nach vorübergehender Reduzierung im Jahre 1954 schon ab 1955 wieder anstieg, während der Anteil der Neuinvestitionen niemals verringert, sondern im Gegenteil systematisch weiter gesteigert wurde. Realer Beweis dafür ist u. a. auch die Tatsache, daß trotz eingeschränkter Investitionstätigkeit in den Jahren 1954 und 1955 im ersten Fünfjahresplan staatlicherseits noch über 1,7 Mrd. DM-Ost mehr investiert wurden, als im Zuge des sogen. Neuen Kurses vorgesehen waren.<sup>25)</sup> Insgesamt wurden in der Zonenwirtschaft

14) R. Pieplow, „Die Entwicklung der Abteilungen I und II in der DDR“, Teil 1, in: Schriftenreihe „Volkswirtschaftsplanung“, Heft 3, Berlin-Ost 1960, S. 79.

15) W. Chudowa, „Die Investitionspolitik der DDR“, in: „Die erweiterte sozialistische Reproduktion, das Nationaleinkommen und Probleme der Finanzpolitik in der DDR“, Berlin-Ost 1961, S. 190.

16) „Gesetz über den Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR (1951—1955)“, § 9, Gesetzblatt der DDR 1951, Nr. 128, S. 984.

17) A. Lange, „Die Investitionen in der volkseigenen Industrie der DDR im ersten Planjahr fünf“, Berlin-Ost 1958, S. 31.

18) Ebenda, S. 47.

19) N. Rjabov, „Die sozialistische Akkumulation und ihre Quellen im ersten und zweiten Fünfjahresplan“, Übersetzung aus dem Russischen, Berlin-Ost 1953, S. 198.

20) R. Pieplow, a. a. O., S. 85.

21) R. Pieplow, a. a. O., S. 84.

22) Protokoll des III. Parteitages der SED, Band 1, Berlin-Ost 1951, S. 356.

23) „Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei“, 15. Tagung des Zentralkomitees der SED v. 24.—26. 7. 1953, Berlin-Ost 1953, S. 105.

24) Gesetzblatt der DDR 1953, Nr. 109, S. 1048—1053.

25) A. Lange, a. a. O., S. 62.

(mit Einschluß der Lizenzen, Kredite und Eigenmittel, z. B. für den Wohnungsbau) 23,219 Mrd. DM-Ost investiert, darunter staatliche Investitionen in Höhe von 20,879 Mrd. DM-Ost. Davon erhielt die sogen. volkseigene Industrie den Löwenanteil, nämlich 48,5 %, die Landwirtschaft 9,5 % und das Verkehrswesen 13,1 %. Die vorgesehene Investitionssumme konnte damit trotz Reduzierung im Jahre 1953 mit knapp 10 % überboten werden.<sup>26)</sup>

In diesem Zeitraum von 1951 bis 1955 erfuhr die Wirtschaft folgenden Zuwachs an neugebauten bzw. wiederaufgebauten Kapazitäten: das Eisenhüttenkombinat Ost bei Fürstenwalde/Oder, das Eisenwerk West in Calbe/Saale, die Kraftwerke Calbe/Saale, Elbe in Vockerode, Eisenhüttenstadt/Oder und Trattendorf, die Großgaserei Magdeburg, die Großkokerei Lauchhammer, die Zuckerfabrik Delitzsch, die Maschinenfabrik Halberstadt und 13 Kühlhäuser. Eine bedeutende Erweiterung erfuhren das Dolomitwerk Wünschendorf, die Maxhütte in Unterwellenborn, die Stahl- und Walzwerke Riesa, Brandenburg und Hennigsdorf bei Berlin sowie das Edelstahlwerk Döhlen, ferner Schwermaschinenbaubetriebe in Wildau und Ostberlin, das Transformator- und Röntgenwerk Dresden, die Werften Stralsund, Warnemünde, Wismar und die Technische Universität Dresden.

Auf Kosten des Konsums der Zonen-Bevölkerung war es der SED wohl gelungen, ihr Investitionsprogramm, wenn auch mit einigen Abstrichen, im großen und ganzen durchzusetzen. Das gestellte wirtschaftspolitische Ziel hatte sie allerdings damit nicht erreicht. Neue Disproportionen oder die Verschärfung bereits bestehender Mißverhältnisse in der Wirtschaftsstruktur der Zone waren die Folge, was zu einem Absinken des Entwicklungstempos beitrug. Es verhinderte eine schnellere Beseitigung dieser Schwierigkeiten<sup>27)</sup>, die durch eine ganze Reihe nicht unerheblicher Hemmnisse und Mißstände in der Planung und Durchführung der Investitionen kompliziert wurden, was sich negativ auf die Ergebnisse der Investitionspolitik der Zone auswirkte.

#### ÜBERBUKRAZIERTE INVESTITIONSPLANUNG

Bei den an sich geringen jährlichen Investitionssummen in den Jahren 1951/55 war anzunehmen, daß sie sich hinsichtlich ihrer Verteilung auf nur wenige Schwerpunkte und hinsichtlich ihres volkswirtschaftlichen Nutzeffekts leicht übersehen ließen, denn in einer Planwirtschaft, deren Vorzüge die SED-Propaganda nicht genug preisen kann, müßten an sich alle Voraussetzungen dazu gegeben sein. Die Überbürokratisierung der Investitionsplanung in der Zone war hier jedoch eines jener Hemmnisse, die den objektiven Möglichkeiten entgegenstanden. Die sogen. planmethodischen Bestimmungen dieser Jahre sind ein untrüglicher Beweis dafür, alles „bis ins Detail exakt zu regeln, keine Risikomöglichkeit zu dulden, keine

Bedingungen für außerplanmäßige Vorgänge zuzulassen und alle Möglichkeiten bis ins einzelne auszuklügen“.<sup>28)</sup> Jede Änderung des Investitionsplanes mußte, sofern es sich um eine Aufnahme neuer Objekte handelte, vor dem Zonen-Ministerrat begründet werden.<sup>29)</sup> Die Folge dieser Überbürokratisierung der Investitionsplanung war eine „krasse und rigorose Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse“<sup>30)</sup> in der Zonen-Exekutive, die sich allerdings, wie die Entwicklung zeigte, ebenso überfordert sah wie vor ihr der Planungsapparat.

#### Bedeutungslose Lockerungen

Der zögernde Abbau der übermäßigen Bürokratisierung nach 1953 ließ das Bestreben der SED-Führung erkennen, nichts, auch nicht auf dem Gebiet der Investitionsplanung, zuzulassen, was ihren dogmatischen Auffassungen vom „demokratischen Zentralismus in der Planung“ widersprach. Dem Drang der Zonen-Wirtschaft nach größeren Bewegungsmöglichkeiten in der Investitionsplanung waren somit enge Grenzen gesetzt. So erschöpfte sich die Entbürokratisierung der Investitionsplanung der Zone in der behutsamen Lockerung lediglich solcher Bestimmungen, die nach Meinung der SED „den Bedingungen der Wirtschaft nicht entsprachen“.<sup>31)</sup>

Hierbei handelte es sich vor allem um die Finanzierung von Investitionen durch Kredite, wodurch erstmals über eine „ausschließliche Planung der Investitionen im Investitionsplan hinausgegangen“<sup>32)</sup> wurde. Wie gering der Einfluß dieser von der SED-Führung initiierten Maßnahmen auf das tatsächliche Investitionsgeschehen der Zone war, bewies das Fiasko des Versuchs, über den Gesetzgeber, ebenfalls nach 1953, eine obligatorische Investitionskostensenkung (1953 betrug diese 6 %, 1954 und 1955 nur 1,5 % der Investitionssumme) durchzusetzen, um der Verschwendung von Investitionsmitteln entgegenzuwirken. Obwohl die Einsparungsbeträge von der Investitionsbank der Zone gleich einbehalten wurden, um die Einsparung zu erzwingen, sind diese Maßnahmen „praktisch kaum wirksam geworden. In sehr vielen Fällen wurde die Kostensenkung nicht erwirtschaftet, sondern auf Kosten der Qualität oder des Umfangs der Investition erbracht“.<sup>33)</sup>

#### Nichterfüllungen und Fehlinvestitionen

Die Überbürokratisierung der Investitionsplanung der Zone behinderte die Durchführung des Investitionsplanes 1951/55 in solchem Maße, daß in keinem Jahr des ersten Fünfjahresplanes die einzelnen Jahrespläne für die Investitionen erfüllt werden konnten<sup>34)</sup>, wie die folgende Tabelle beweist.

26) A. Lange, a. a. O., S. 57.

27) Ministerialblatt der DDR, Jahrg. 1950, Nr. 23, S. 146.

28) A. Lange, a. a. O., S. 57.

29) Ebenda, S. 58.

30) Ebenda, S. 58.

31) Ebenda, S. 57.

32) Ebenda, S. 65.

26) A. Lange, a. a. O., S. 59.

27) R. Pieplow, a. a. O., S. 89.

### Erfüllung des Investitionsplanes der staatlichen Industrie und des Planes der staatlichen Investitionen

Jahr	Investitions-Plan-Soll d. Industrie	Investitions-Plan-Ist der Industrie	Erfüllung	Erfüllg. d. Planes der staatl. Investitionen
	in Mill. DM-Ost			
1951	1 453	1 319	91	90
1952	2 039	1 765	86	86
1953	2 271	2 120	93	91
1954	2 017	1 883	93	91
1955	2 192	1 965	89	88

Quelle: A. Lange, a. a. O., S. 65.

Untersucht man die Erfüllung der einzelnen Jahres-Investitionspläne näher, so fällt sofort auf, daß ihre quartalsweise Erfüllung „sehr arrhythmisch“<sup>35)</sup> ist, wobei sie „trotz der Planung der Wirtschaft ungünstiger verläuft als die Entwicklung der Anlageinvestitionen in Westdeutschland“.<sup>36)</sup> Einen Eindruck von der quartalsweisen Erfüllung vermittelt die folgende Tabelle.

### Quartalsweise Erfüllung des Investitionsplanes der staatlichen Industrie im ersten Fünfjahresplan

in %

Jahr	Quartal			
	I.	II.	III.	IV.
1951	11	23	25	32
1952	9	23	23	29
1953	12	21	31	29
1954	19	23	26	25
1955	16	24	24	27

Quelle: A. Lange, a.a.O., S. 66.

Ein Charakteristikum dieser „arrhythmischen“ Quartalerfüllung des Zonen-Investitionsplanes ist die Tatsache, daß in allen Jahren „der Leistungsabfall vom IV. zum I. Quartal des folgenden Jahres größer (ist) als der ausgefallene Wert an der Planerfüllung des jeweiligen Planjahres“.<sup>37)</sup>

Die Überbürokratisierung der Planung war zweifellos auch die Hauptursache der negativen Beeinflussung des Entwicklungsrhythmus der Investitionsplanerfüllung. Sie bewirkte eine solche Labilität der Investitionsplanung, daß in keinem Jahr des ersten Fünfjahresplanes die Investitionsträger termingerecht über die Grundlagen für die organisatorischen Maßnahmen zur Durchführung der Investitionsplanung verfügten.<sup>38)</sup> Das hatte beispielsweise zur Folge, daß am 31. März 1955 für das laufende „Planjahr“ „erst 58 % der Investitionssumme der zentralgeleiteten Industrie vertraglich gebunden“<sup>39)</sup> waren. Auf die Labilität der Investitionsplanung sind vor allem auch die häufigen Änderungen der vorläufigen oder bestätigten Investitionspläne zurückzuführen. So wurden während des „Planjahres“ 1954 z. B. „im gesamten staatlichen Investitionsplan etwa 14 000 Änderungen vorgenommen“.<sup>40)</sup> Da die durchgeführten Änderungen des Inve-

stitionsplanes in der Regel nicht mit den korrespondierenden Planteilen des Zonen-Wirtschaftsplanes wie dem Bauwirtschaftsplan, den Materialverteilungsplänen, dem Arbeitskräfteplan usw. abgestimmt wurden, entstanden unmittelbar materielle Schäden.<sup>41)</sup>

Die Durchführung des Investitionsplanes der Zone in den Jahren 1951/55 wurde in ihrer Effektivität vor allem aber auch dadurch herabgesetzt, daß die Investitionsmittel trotz ihrer Konzentration auf die Schwerindustrie auf zu viele Investitionsvorhaben zersplittert wurden. Das bewirkte ein Ansteigen des Umfangs der unvollendeten Investitionen in den Jahren 1954 auf etwa 1,25 Mrd. DM-Ost und 1955 auf etwa 1,5 Mrd. DM-Ost<sup>42)</sup>, was wiederum zu empfindlichen Einbußen im Zonen-Haushalt führte, wenn man einmal von der Kettenreaktion anderer negativer Auswirkungen absieht.

Hemmnisse erwuchsen der Durchführung des Investitionsplanes schließlich auch dadurch, daß die technische und kaufmännische Dokumentation nur in wenigen Fällen zeitgerecht vorhanden war, was sich aus dem Umfang und der Schwerfälligkeit der Dokumentation erklärt<sup>43)</sup>, ferner, daß die Kapazitätsunterlagen und die Kapazitätsplanung der Investitionsvorhaben keine wissenschaftliche Begründung aufwiesen, was wiederum ein Ansteigen der Fehlinvestitionen begünstigte<sup>44)</sup>, und endlich, daß für die Entwicklung der einzelnen Industriezweige, auf die sich der Hauptanteil der Investitionen im ersten Fünfjahresplan der Zone konzentrierte, eine wissenschaftliche Perspektivplanung entweder nicht vorhanden war oder nicht die maßgebende Grundlage bot, nach der sich die Entwicklung tatsächlich vollzog.<sup>45)</sup>

### Ergebnislosigkeit nachträglicher Bemühungen

Die Auswirkungen der Investitionspolitik der Zone im Verlaufe des ersten Fünfjahresplanes sind in ihren Ergebnissen insofern unterschiedlich zu beurteilen, als der positive Aspekt, nämlich das Wachstum der Produktion, vom negativen, hier vor allem der Verschärfung der Disproportionen in der Struktur der Zonen-Wirtschaft, überschattet wird.

Der Nutzeffekt der Zonen-Investitionen erfuhr somit eine nicht unbeträchtliche Verminderung, „ohne sich jedoch bis auf Null zu reduzieren oder sich in das Gegenteil zu verkehren“.<sup>46)</sup> Gleiche Erscheinungen bewirkte ferner die Tatsache, daß im Verlaufe des ersten Fünfjahresplanes ständig mehr Investitionen aufgewendet werden mußten, um einen gegebenen Produktionszuwachs in den einzelnen Jahren zu erzielen, wofür die Ursachen hauptsächlich in einer Ver-

35) A. Lange, a.a.O., S. 66.

36) Ebenda, S. 73.

37) Ebenda, S. 69.

38) Ebenda, S. 73.

39) Ebenda, S. 75.

40) Ebenda, S. 75.

41) A. Lange, a.a.O., S. 78.

42) R. Pieplow, a. a. O., S. 89.

43) A. Lange, a. a. O., S. 85 f.

44) Ebenda, S. 88.

45) Ebenda, S. 91.

46) Ebenda, S. 157.

teuerung der Investitionstätigkeit und in einer Zunahme der langfristigen Investitionsbauten der Schwerindustrie zu suchen sind.<sup>47)</sup>

Die mehrfachen Versuche der SED-Führung, eine Verbesserung des Nutzeffektes der Investitionen wenigstens über eine intensive Ausnutzung der vermehrten und verbesserten Grundmittel<sup>48)</sup> durch die Produktion zu erreichen, blieben ergebnislos.<sup>49)</sup>

#### SCHWERPUNKTVERLAGERUNG DER INVESTITIONEN IM ZWEITEN FÜNFJAHRESPLAN

Die Investitionspolitik der Zone sah in der Folgezeit eine Verlagerung der Investitionsschwerpunkte vor. In der von der SED auf ihrer 3. Parteikonferenz im März 1956 verabschiedeten sogen. Direktive für den zweiten Fünfjahresplan zur Entwicklung der Zonen-Wirtschaft 1956 bis 1960 wurde das erstmalig sichtbar. So sah diese „Direktive“ die Verwendung der Investitionsmittel in erster Linie für die Einführung der neuesten Technik in die Wirtschaft der Zone vor<sup>50)</sup>, ein Erfordernis, dem die SED-Führung zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Zonen-Industrie Rechnung zu tragen gezwungen war, was ihr übrigens um so leichter fiel, als die die Zonen-Wirtschaft belastenden „Spaltungsdisproportionen“ durch die sich abzeichnende enge Integration der Zone in das COMECON-System überwunden werden sollten.<sup>51)</sup> Ferner stellte die „Direktive“ die Forderung nach einer Verbesserung der Investitionsstruktur durch eine Senkung des Anteils der Baumaßnahmen an der Kostenstruktur auf 43,2% und eine Erhöhung des Anteils der Ausrüstung auf 52,2% der Investitionssumme.<sup>52)</sup>

#### Theorie und Praxis der „Direktive vom März 1956“

Der Umfang der staatlichen Investitionen wurde in dieser Parteikonferenz-Direktive mit 47,6 Mrd. DM-Ost festgelegt, wozu man noch 7 Mrd. DM-Ost Investitionen aus Eigenmitteln und Krediten erwartete. Auf die Zonen-Wirtschaft sollten insgesamt 44 Mrd. DM-Ost staatliche Investitionen entfallen, davon waren 11,1% für die Landwirtschaft, 16,1% für den Verkehr und 51,8%, also der Hauptanteil, für „die Entwicklung der sozialistischen Industrie“ vorgesehen.<sup>53)</sup> Zum größten Investitionsobjekt avancierte der Bau des Braunkohlenkombinats „Schwarze Pumpe“ im Bezirk

47) A. Lange, a. a. O., S. 156.

48) Zu den Grundmitteln in der Produktionssphäre werden in der Zone solche Arbeitsmittel wie Werkzeuge, Maschinen, Automaten, Anlagen, Transportmittel, die Gebäude und ihre Einrichtungen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung gerechnet. Grundmittel in der Nichtproduktionssphäre sind z. B. Krankenhäuser, Schulen usw. Hier interessieren aber nur die Grundmittel in der industriellen Produktionssphäre. Gegenwärtig findet eine Umbewertung der Grundmittel in der Zone statt, deren Umfang sich nach Angaben der Zonen-Zeitschrift „Deutsche Finanzwirtschaft“, Heft 10/1963, S. F 11 auf weit mehr als 100 Mrd. DM-Ost nach der Umbewertung belaufen soll.

49) A. Lange, a. a. O., S. 156.

50) Direktive für den zweiten Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1956 bis 1960, 3. Parteikonferenz der SED, Berlin-Ost 1956, S. 8.

51) R. Pieplow, a. a. O., S. 92.

52) A. Lange, a. a. O., S. 159.

53) Ebenda, S. 160.

Cottbus, der heute noch nicht abgeschlossen ist. Die unbefriedigende Erfüllung des Investitionsplanes 1956 mit nur 91% — die staatlichen Investitionen sollten im Vergleich zu 1955 um rund 45% oder 1,2 Mrd. DM-Ost erhöht werden — veranlaßte die SED-Führung, da die Ziele der Parteikonferenz-Direktive „zahlenmäßig nicht mehr zu erreichen“<sup>54)</sup> waren, das Investitionsvolumen auf 41,3 Mrd. DM-Ost zu reduzieren. Davon sollten 41% auf die Industrie, 10% auf die Landwirtschaft, 17% auf den Wohnungsbau und 12% auf den Verkehr entfallen. Die Verteilung der Investitionen auf die Zonen-Industrie zeigt die folgende Tabelle.

#### Verteilung der Investitionen auf die Industrie (in %)

Sektor	1955	1956	1957	1958
Industrie insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:				
Grundstoffindustrie	70,5	69,9	73,0	69,9
Metallverarbeitende Industrie	13,5	17,3	16,0	17,4
Leicht- und Lebensmittelind.	16,0	12,9	11,0	12,7

Quelle: Arnold/Borchert/Schmidt, „Ökonomik der sozialistischen Industrie in der DDR“, Berlin-Ost 1961, 7. Aufl., S. 469.

Ohne die Mißstände in der Planung und Durchführung der Investitionen im Jahre 1956 einer detaillierteren Betrachtung zu unterziehen, läßt sich sagen, daß sich im Vergleich zur Investitionstätigkeit des ersten Fünfjahresplanes praktisch überhaupt nichts geändert hatte. Wie schon in den Jahren 1951/55 beeinträchtigten die vielen negativen Erscheinungen die Wirksamkeit der Investitionen in jeder Beziehung. Aber die SED-Führung, die „die Widersprüche mehr und mehr erkannte“<sup>55)</sup>, ließ lediglich Veränderungen in der Investitionsmethodik zu, die aber „noch keine umfassenden Verbesserungen der Investitionstätigkeit“<sup>56)</sup> brachten. Erst der per 31. 12. 1956 mit etwa 2,5 Mrd. DM-Ost erreichte Rekordumfang der unvollendeten Investitionen<sup>57)</sup> und das Ausmaß der Rückstände in der Vorbereitung des Investitionsplanes für 1957 zwang sie, sich auf einem zu Beginn des Jahres 1957 einberufenen Parteiplenum mit den katastrophalen Zuständen in der Investitionstätigkeit auseinanderzusetzen. Die in einem Beschluß formulierten „Prinzipien“ sahen vor, die Investitionen konzentriert einzusetzen, vorrangig auf die Entwicklung der Kohleindustrie und der Energiewirtschaft, eine Zersplitterung der Investitionsmittel zu vermeiden, dabei solche Investitionsobjekte zu bevorzugen, die schnell einen Nutzen bringen und bei der Investitionstätigkeit der Erhaltung der bestehenden betrieblichen Anlagen gegenüber allen neuen Investitionen den Vorzug zu geben.<sup>58)</sup> Daß diese „Prinzipien“ so gut wie gar nicht die Inve-

54) A. Lange, a. a. O., S. 161.

55) Ebenda, S. 164.

56) Ebenda, S. 165.

57) O. Grotewohl auf der 30. ZK-Tagung der SED in: „Unsere ökonomischen Probleme und die Verbesserung der Wirtschaftsführung“, Berlin-Ost 1957, S. 41.

58) A. Lange, a. a. O., S. 165.

stitionspraxis beeinflussen, bewies die weitere Entwicklung. Bis Mitte 1958 hatte der Umfang der unvollendeten Investitionen die Fünf-Milliarden-Grenze erreicht.<sup>59)</sup>

#### Kritik Ulbrichts

Auf dem V. SED-Parteitag im Juli 1958 kritisierte Partei-Chef Ulbricht zwar diesen Ubelstand, indem er feststellte, daß durch das Anwachsen der unvollendeten Investitionen „beträchtliche Mittel der Volkswirtschaft blockiert“ werden, die „keine Produktion, keine Steigerung der Arbeitsproduktivität und keine Akkumulation“ bringen<sup>60)</sup>, und Politbüro-Mitglied Rau forderte sogar, daß „mit einer solchen Investitionspolitik Schluß gemacht werden“<sup>61)</sup> müsse, aber die überragenden Veränderungen in der Praxis der Investitionsplanung und -durchführung blieben aus.

Wiederum begnügte sich die SED-Führung, wie schon in den früheren Jahren, mit „Flicken“ und „Pflastern“, ohne das Problem an der Wurzel anzupacken.

#### MAMMUT-INVESTITIONSPROGRAMME IM SIEBENJAHRESPLAN

Verständlich, daß die Planungsbürokratie der Zone auf die Aufgaben hinsichtlich der Investitionstätigkeit, wie sie ihr der neue von der SED-Führung im Herbst 1959 verkündete Siebenjahresplan (1959/65) mit seinen Mammut-Investitionsprogrammen stellte — er trat an die Stelle des vorzeitig abgebrochenen zweiten Fünfjahresplanes (1956/60) —, in keiner Weise vorbereitet war.

Dieser durch überspannte Ziele gekennzeichnete Siebenjahresplan — sein Kernstück war bekanntlich die sogen. ökonomische Hauptaufgabe, die die Einholung und Überholung der Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch bei den meisten industriellen Konsumgütern und Lebensmitteln bis 1961 vorsah, aber infolge Unerfüllbarkeit schon Ende 1960 von der SED-Führung stillschweigend wieder fallengelassen werden mußte — sah für die Zeit von 1959 bis 1965 Investitionen in Höhe von 142 Mrd. DM-Ost vor.<sup>62)</sup> Davon sollten 41,5%, das sind 60 Mrd. DM-Ost, auf die Industrie entfallen. Für das Verkehrswesen waren 14 Mrd. DM-Ost, für die Entwicklung der Landwirtschaft ebenfalls 14 Mrd. DM-Ost vorgesehen, während für das Wohnungs- und Städtebauprogramm rund 30 Mrd. DM-Ost geplant waren.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit in der Industrie sollten die Energiewirtschaft, die chemische Industrie (hier trägt die SED-Führung in der Hauptsache bestimmten Forderungen Moskaus Rechnung — d. Verf.), die Elektroindustrie, die Zweige des Maschinenbaus

und das Bauwesen sein — also wiederum im wesentlichen die Schwerindustrie. Die folgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Entwicklung des Investitionsvolumens in den wichtigsten Industriezweigen der Zone während des Siebenjahresplanes.

Investitionen in ausgewählten Industriezweigen  
(in Mill. DM-Ost bzw. Index 1955 = 100)

Industriezweige	1955	1960	1965
Maschinenbau	439	100	993
Energie	507	100	1 275
Chemie	334	100	1 100
Berg- u. Hüttenwesen	290	100	717
Kohle	684	100	1 394
Bauwesen insgesamt	140	100	662
Leichtindustrie einschl. Glas/Keramik	227	100	489
			215
			681
			300

Quelle: Arnold/Borchert/Schmidt, aa.O., S. 470.

Unter den neuen Investitionsvorhaben der Zone verdienen vor allem die beiden Großkraftwerke Lübbenau (seit Baubeginn eines der größten Sorgenkinder der SED-Führung in der Investitionsdurchführung — d. Verf.) und Vetschau mit zusammen 2,3 Mill. kW Leistung bis 1965 genannt zu werden, weiter die Erweiterungsbauten im Eisenhüttenkombinat Ost (ein Stahl- und mehrere Walzwerke zur Herstellung von Feinblechen und Rohren sowie Transformatoren- und Dynamoblechen), der Bau des Erdölverarbeitungs-Kombinats Schwedt/Oder, zugleich Endpunkt der sowjetischen Pipeline nach Mitteleuropa, ferner das Chemiefaserwerk Guben als eines der größten Synthesefaserwerke Europas, die Kapazitätserweiterungen der Leuna- und Buna-Werke — sie nehmen mit etwa 3 Mrd. DM-Ost rund 30% der Gesamtinvestitionen der chemischen Industrie der Zone in Anspruch — und schließlich das Halbleiterwerk Frankfurt/Oder, das Flachglaskombinat Torgau und der Ausbau Rostocks zum größten Hochseehafen der Zone.

#### Investitionspolitische Konzeption der SED

Der Investitionspolitik der Zone lag die Konzeption zugrunde, daß die 1958 erreichte Höhe der Akkumulationsrate (siehe erste Tabelle) bis 1965 beibehalten wird. Das bedeutete, daß rund 21% des Nationaleinkommens der Zone für die Akkumulation und etwa 79% für die Konsumtion zur Verfügung standen. Dementsprechend war vorgesehen, daß bei der geplanten Erhöhung des Nationaleinkommens auf 100 Mrd. DM-Ost im Jahre 1965, also auf 161% (1958 = 100), die Akkumulation auf rund 165% und die Konsumtion auf rund 160% erhöht werden sollte.<sup>63)</sup> Infolgedessen sollte die jährliche Investitionssumme von 12,3 Mrd. DM-Ost im Jahre 1958 auf 25 Mrd. DM-Ost im Jahre 1965 ansteigen, was einer Erhöhung auf rund 200% gleichkäme.

<sup>59)</sup> Protokoll des V. Parteitages der SED, Berlin-Ost 1959, S. 700.

<sup>60)</sup> W. Ulbricht, „Zur sozialistischen Entwicklung der Volkswirtschaft seit 1945“, Berlin-Ost 1959, S. 677.

<sup>61)</sup> „Für den Aufschwung der sozialistischen Wirtschaft in der DDR“, Berlin-Ost 1958, S. 85.

<sup>62)</sup> „Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1959 bis 1965“, Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 56, 1959, S. 703 f.

<sup>63)</sup> H. Neumann, „Das Verhältnis von Akkumulation und Konsumtion im Sozialismus und seine Entwicklung im Siebenjahrplan“, in: „Einheit“, Berlin-Ost 1960, Heft 9, S. 1353. Die Differenz von 1,8 Mrd. DM-Ost im Nationaleinkommen des Jahres 1958 (= 63 Mrd. DM-Ost lt. H. Neumann — d. Verf.), wie sie sich bei einem Vergleich zu der in der ersten Tabelle genannten Zahl von 64,8 Mrd. DM-Ost ergibt, ändert nichts am Sachverhalt.



Damit übersteigt das von der SED-Führung festgelegte Anwachsen des jährlichen Investitionsvolumens mit 200 % erheblich das Wachstum der Gesamtakkumulation von rund 165 %.<sup>64)</sup>

Das verlangte eine Strukturveränderung innerhalb des Akkumulationsfonds der Zone zugunsten des Anteils der Neuinvestitionen. Diesen zusätzlichen Belastungen war die Zonen-Wirtschaft angesichts der ohnehin überspannten Zielsetzungen des Siebenjahresplanes bei der wechselvollen ökonomischen Situation nicht gewachsen. Hier liegen die eigentlichen Ursachen dafür, daß sich der vorgesehene Zuwachs des Nationaleinkommens nicht den Wünschen der SED-Führung entsprechend entwickelte, woraus „Schwierigkeiten für seine Verteilung auf Akkumulation und Konsumtion“<sup>65)</sup> resultierten und damit die Verwirklichung der investitionspolitischen Konzeption der SED in Frage stellten.

Diesem sich abzeichnenden Fiasko versuchte die SED-Führung mit der Einführung einer strafferen Ordnung in der Investitionstätigkeit der Zone zu begegnen. Den Auftakt dazu bildete die Beratung des Entwurfs des Zonen-Wirtschaftsplans 1961 auf der 12. Tagung des SED-Zentralkomitees Mitte März 1961. Die Investitionen sollten in diesem Jahr fast 17 Mrd. DM-Ost erreichen. Der damalige Planungschef der Zone, Leuschner (z. Z. ist Leuschner Stellvertreter des Vorsitzenden des Zonen-Ministerrats und in dieser Eigenschaft Vertreter der Zone im COMECON-Exekutivorgan), bemerkte zur Investitionspolitik auf dem Parteiplenum:

„Seit langem führt die Partei einen Kampf um eine bessere Vorbereitung der Investitionen und damit im Zusammenhang um eine Verkürzung der Bauzeiten.

Auf diesem Gebiet sind wir aber äußerst unbefriedigend vorangekommen. Nach wie vor gibt es Fälle, wo an die Vorbereitung der Investitionsobjekte, an die Vorplanung und Projektierung mit wenig Verantwortungsgefühl herangegangen wird. Das bringt unserer Volkswirtschaft großen Schaden.

Solche Beispiele zeigen, daß es dringend erforderlich ist, die Kontrolle über die Projektierung, über die Vorbereitung und Durchführung der Investitionsvorhaben zu verstärken. Wir brauchen ein festes und wirksames System dieser Kontrolle. Zu diesem Zweck hat die Leitung der Staatlichen Plankommission bereits 1958 das Büro zur Begutachtung von Investitionen geschaffen. Jedes neue Investitionsvorhaben über 5 Mill. DM muß dort begutachtet und vor einem qualifizierten Gremium von Fachleuten verteidigt werden. In den zwei Jahren der Tätigkeit dieses Büros wurde mit Erfolg begonnen, den Kampf gegen die Vergeudung bei der Durchführung von Investitionsvorhaben zu führen. Wir zwingen damit praktisch die Projektanten und Investitionsträger, sich gründlich mit den Vorplanungen zu beschäftigen und Rechenschaft abzulegen über das technische Niveau und den Nutzeffekt ihrer Vorhaben. Vieles mußte abgelehnt und zurückgewiesen werden.

Zur Zeit führen wir den Kampf um einen größeren zeitlichen Vorlauf in der Vorbereitung und Projektierung

64) H. Neumann, a. a. O., S. 1353.

65) H. Koziolok, J. Rudolph, „Rationelle Produktionsorganisation und Probleme des Nationaleinkommens“, in: „Einheit“, Berlin-Ost 1962, Heft 11, S. 20.

unserer Investitionsvorhaben. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir auch eine Reihe von Investitionskürzungen vorgenommen. Trotzdem schätzt die Leitung der Staatlichen Plankommission ein, daß wir die Fragen der gründlichen Vorbereitung der Investitionsobjekte noch nicht fest in der Hand haben. Wir haben begonnen, hier Ordnung zu schaffen. Aber jetzt muß die Staatliche Plankommission nachstoßen und vor allem mit größerer Konsequenz und Entschiedenheit die notwendige Ordnung und Disziplin auf dem gesamten Gebiet der Investitionen durchsetzen und erzwingen.

Das setzt voraus, daß wir das ganze System der Kontrolle über die Vorbereitung und Durchführung der Investitionsvorhaben von oben bis unten verstärken. Die Arbeit des Büros zur Begutachtung von Investitionen ist dabei nur eine Seite. Diese Arbeit ist wichtig. Man muß sie ausbauen und verstärken. Aber das genügt nicht. Wir haben mit nahezu 17 Milliarden DM ein riesiges Investitionsvolumen.

Eine straffe Ordnung bekommen wir nur dann, wenn wirklich alle Verantwortlichen für die Investitionsvorhaben, die Abteilungen der Staatlichen Plankommission, die Ministerien, die VVB (Vereinigte Volkseigene Betriebe — d. Verf.), die Filialen der Investitionsbank, die Bezirke, Kreise und Betriebe — jeder auf seinem Gebiet — eine gute und qualifizierte Arbeit leisten. Genossen, wenn wir unsere Arbeit auf diesem Gebiet wirklich ernsthaft überprüfen, dann wird dabei herauskommen, daß hier enorme Summen vergeudet wurden. Und wir müssen auch die Abteilungen der Staatlichen Plankommission kritisieren, weil sie sich ungenügend mit den entscheidenden Fragen der Projektierung, der Vorbereitung und Durchführung ihrer großen Investitionsobjekte beschäftigt haben. Damit muß jetzt Schluß sein.“<sup>66)</sup>

Bereits wenige Monate nach Leuschners Selbstkritik im Juli 1961, als die SED-Führung angesichts der wachsenden Schwierigkeiten in der Zonen-Wirtschaft sich gezwungen sah, „einige Maßnahmen auf ökonomischem Gebiet durchzuführen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Siebenjahresplan nicht vorgesehen waren, das heißt, neue Aufgaben zu stellen und unsere Kräfte und Mittel teilweise umzugruppieren und neu einzusetzen“<sup>67)</sup>, übte Politbüro-Mitglied Honecker auf der 13. ZK-Tagung in dem Bericht des Politbüros an das Parteiplenum harte Kritik an den Mißständen in der Investitionstätigkeit der Zone. Honecker führte u. a. aus:

„So fügt uns mangelhafte Wissenschaftlichkeit in der Planung, Projektierung und Durchführung der Investitionen großen politischen und wirtschaftlichen Schaden zu. Dieser Zustand wurde schon auf mehreren Tagungen des Zentralkomitees kritisiert. Trotzdem gibt es auf allen Gebieten noch Beispiele, die davon zeugen, daß die Kontrolle durch die verantwortlichen Leiter noch völlig ungenügend und nicht straff genug durchgeführt wird.

Wir müssen verlangen, daß alle Investitionen so wissenschaftlich exakt vorbereitet und durchgeführt werden, daß künftig jeder Verlust, jede Verschwendung vermieden werden und der geplante volkswirtschaftliche Nutzeffekt auch in vollem Maße erreicht wird. Es gilt Schluß zu machen mit der schädlichen Ideologie, daß bei den vielen Milliarden Investitionen, die wir jedes Jahr aufwenden, es auf einige Hundert oder Tausend DM nicht ankommt.“<sup>68)</sup>

66) „Grundfragen der Entwicklung der sozialistischen Industrie“, Lesematerial, Herausgegeben vom Zentralkomitee der SED, Berlin-Ost 1961, S. 156/157.

67) „Volkswirtschaftsplan — Kampfprogramm der Arbeiter- und Bauernmacht“, aus dem Bericht des Politbüros des ZK der SED an das 13. Plenum, in: „Neues Deutschland“ vom 9. 7. 1961, S. 3.

68) Ebenda, S. 5.

Im Herbst 1961, auf dem 14. Parteiplenum, war es Partei-Chef Ulbricht selbst, der die Investitionspraxis der Zone scharf verurteilte, dabei allerdings nicht umhin konnte, sich mit den Auffassungen seiner Kritiker im Parteiapparat auseinanderzusetzen. Aus den Mängeln der Investitionsplanung und -durchführung hatten sie die Feststellung abgeleitet, daß die Schwerpunktobjekte des Siebenjahresplanes das Entwicklungstempo der Zonen-Wirtschaft bremsten. Ulbricht versuchte dieses Argument damit zu entkräften, indem er feststellte:

„Der Hauptinhalt der Schwerpunktprogramme bestand und besteht in der entschiedenen Orientierung auf die fortgeschrittene Wissenschaft und Technik, auf die Durchsetzung ihrer neuesten Erkenntnisse in den ausschlaggebenden Wirtschaftszweigen sowie in der Schaffung bisher nicht vorhandener, aber für die rasche Entwicklung der Volkswirtschaft entscheidender Zweige . . .

. . . Unsere Entwicklung wird also nicht dadurch gebremst, daß wir den Bau dieser großen entscheidenden Objekte beschlossen haben, sondern dadurch, daß die Beschlüsse der 9. Tagung des ZK (Juli 1960 — d. Verf.) über die exakte Planung und Leitung dieser Schwerpunktprogramme nicht zielstrebig durchgeführt werden . . .“<sup>69)</sup>

#### Das Fiasko im dritten Jahr des Siebenjahresplans

Der Versuch der Parteiführung, eine Verbesserung der Investitionstätigkeit kurzfristig zu erzwingen, vermittelt eine ungefähre Vorstellung von dem Ausmaß des Dilemmas, in dem sich die Zonen-Wirtschaft Ende 1961, also dem dritten Jahr des Siebenjahresplanes, befand. Bereits im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes 1961 hatte die SED-Führung auf ihrem 11. Parteiplenum im Herbst 1960 verlangt, den Baubeginn einiger großer Investitionsvorhaben zeitlich zu verschieben (u. a. die Erweiterung des Eisenhüttenkombinats Ost durch ein Stahl- und mehrere Walzwerke; der Baubeginn erfolgte erst im Mai 1963 — d. Verf.), und festgelegt, daß eine Konzentration auf schon begonnene Vorhaben zu erfolgen habe, damit diese schnell produktionswirksam werden. Eine entsprechende Weisung dazu sah der Beschluß des Präsidiums des Zonen-Ministerrats vom 10. November 1960 vor. Dieser beauftragte die Plankommission und die Investitionsbank der Zone, dafür zu sorgen, daß die Forderungen der SED-Führung bei der Aufstellung des Investitionsplanes 1961 durchgesetzt werden. Daß diesem Ministerrats-Beschluß offensichtlich kein Erfolg beschieden war, zeigte das sprunghafte Anwachsen der „Invest-Ruinen“. So erhöhten sich die unvollendeten Investitionen im Jahre 1961 indexmäßig von 100 im Jahre 1958 auf 180. Das Investitionsvolumen dagegen stieg auf 149.

Damit hatte sich das Ausmaß an unvollendeten Investitionen des Planes der Neuinvestitionen bedeutend mehr erhöht als das Investitionsvolumen. Betrachtet man den prozentualen Anteil der unvollendeten Investitionen am Volumen der Neuinvestitionen, so stieg

er von 1958 = 79 % auf 96,9 % im Jahre 1961.<sup>70)</sup> Das schnellere Wachstum der unvollendeten Investitionen in den ersten drei Jahren des Siebenjahresplanes bewirkte, daß der gesamte Investitionszuwachs von den „Invest-Ruinen“ aufgesaugt wurde.<sup>71)</sup> Die Ursachen dafür liegen einmal im Niveau der Vorbereitung und Durchführung der Investition, also in einer schlechten Planung und Organisation des Industriebaues der Zone sowie in dessen technischer Rückständigkeit, die zur übermäßigen Verlängerung der Bauzeiten führte<sup>72)</sup>, und zum anderen im Mißverhältnis zwischen lang- und kurzfristigen Investitionen, d. h. in einer miserablen Investitionsplanung.<sup>73)</sup>

#### INTEGRATION IN SOWJETISCHE WIRTSCHAFTSPLANUNG ZWINGT ZUM KURSWECHSEL

Sowohl das Mißlingen des Versuchs, eine Verbesserung in der Investitionstätigkeit der Zone kurzfristig zu erzwingen, als auch das Anwachsen der Rückstände in der Erfüllung des Investitionsprogramms — der von 1958 bis 1961 geplante Investitionszuwachs in Höhe von 6,5 Mrd. DM-Ost wurde nur zur knappen Hälfte erreicht, so daß in wichtigen Bereichen der Grundstoffindustrie und des Maschinenbaus der Zone eine Reihe von Aufgaben ungelöst blieben — veranlaßten die SED-Führung schließlich, nicht zuletzt auch unter dem Druck der zunehmenden Integrierung der Zonen-Wirtschaft in die sowjetische Wirtschaftsplanung, von ihrem auf dem V. Parteitag im Jahre 1958 verkündeten Siebenjahresplan-Programm abzurücken. Daß es der SED dabei nicht um eine Verringerung der Investitionsmittel ging, sondern um ihre Neuverteilung zur Erfüllung sowjetischer Forderungen, zeigte der Verlauf des 15. Parteipenums Mitte März 1962. Auf ihm kündigte Partei-Chef Ulbricht an, daß das Entwicklungstempo der Produktion, die für den Bedarf der Sowjetunion und für die Produktivität der Zonen-Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist, besonders gesteigert werden solle.

Für die Zone bedeutete das einmal den Verzicht auf die Entwicklung bestimmter Produktionskapazitäten, so beispielsweise in der Metallurgie, dem Schiffbau, dem Fahrzeugbau, dem Maschinenbau usw., die in den vergangenen Jahren erst unter großen Opfern und Mühen aufgebaut worden waren, und die Drosselung der Modernisierungs- und Rekonstruktionsvorhaben in der Leicht- und Lebensmittelindustrie sowie im Verkehr, zum anderen die Verpflichtung zum Aufbau neuer großer Industriekapazitäten, die mit ihren Erzeugnissen „der Entwicklung, Modernisierung und Automatisierung der Industrie der UdSSR“<sup>74)</sup> und der

70) K. Maier, G. Wagner, „Kampf den unvollendeten Investitionen und der Mittelzersplitterung“, in: „Deutsche Finanzwirtschaft“, Berlin-Ost 1962, Heft 19, S. 3.

71) K. Mewis, „Die zielstrebige Durchsetzung der ökonomischen Gesetze durch unsere Wirtschaftspolitik und die Probleme im Planjahr 1962“, in: „Einheit“, Berlin-Ost 1962, Heft 2, S. 23.

72) G. Kosel, „Wissenschaftlich-technischer Höchststand im Industriebau“, in: „Einheit“, Berlin-Ost 1962, Heft 12, S. 20 f.

73) K. Steinitz, a. a. O., S. 20.

74) W. Ulbricht, „Einige Grundfragen der Entwicklung der DDR“, Auszüge aus dem Referat auf der 15. Tagung des ZK der SED, in: „Neues Deutschland“ vom 24. 3. 1962, S. 4.

69) „Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der DDR“, Bericht W. Ulbrichts und Beschluß, Berlin-Ost 1961, S. 71/72.

Befriedigung der Exportbedürfnisse der Zonen-Wirtschaft dienen sollen. Ulbricht ließ in diesem Zusammenhang keinen Zweifel darüber, daß die Bewältigung dieser wirtschaftlichen Probleme nicht nur „mit einem beträchtlichen Aufwand an Mitteln und Zeit“<sup>75)</sup> verbunden sein wird, sondern darüber hinaus sogar eine Steigerung des Umfanges der Akkumulation notwendig macht, „auch um den Preis, daß der für den Verbrauch bestimmte Teil des Volkseinkommens einige Zeit nur langsam wächst.“<sup>76)</sup>

Entgegen der in der Siebenjahresplan-Konzeption vorgesehenen Akkumulationsrate von 21 % sieht die jetzige Konzeption der SED-Führung eine Änderung des Verhältnisses von Akkumulation und Konsumtion von 24 zu 76 % vor.<sup>77)</sup>

#### Das „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1962“

Daß die SED-Führung es mit der Durchführung ihrer Beschlüsse eilig hatte, zeigte der bereits wenige Tage nach dem 15. Parteiplenum von der Zonen-Volkskammer als Gesetz verabschiedete Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1962. Während die Generallinie der Investitionspolitik — vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie der Zone — keine Änderung erfuhr, ließen aber einige Festlegungen erkennen, daß die SED auf eine grundsätzliche Wende in der gesamten Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen drängte. So hieß es im Abschnitt VI des „Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan 1962“:

„Die Volkskammer bestätigt die im Plan 1962 vorgesehene Entwicklung und Verteilung der Investitionen auf die Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft sowie auf die Bezirke. Mit hoher Disziplin ist die damit festgelegte Konzentration der Mittel von allen Betrieben, Staats- und Wirtschaftsorganen zu gewährleisten und die Inbetriebnahme neuer Anlagen zu beschleunigen. Alle Investitionsvorhaben sind unter dem Gesichtspunkt der strengsten Sparsamkeit vorzubereiten und durchzuführen. Die vorhandenen Projektierungskapazitäten sind rationell zu nutzen und streng auf die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte zu konzentrieren. Die Betriebe haben durch die Anwendung der neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik den Nutzeffekt der Investitionen zu erhöhen.“<sup>78)</sup>

Die Verteilung der Investitionen sollte nach diesem „Gesetz“ folgendermaßen aussehen:

	Mrd. DM-Ost
Investitionen insgesamt	16,500
darunter:	
Industrie	7,334
Landwirtschaft	1,695
Transport- und Nachrichtenwesen	1,836
Handel	0,328
Kultur, Volksbildung, Gesundheitswesen und Sozialwesen	0,281
Erweiterung des Wohnungsbestandes	2,187

<sup>75)</sup> W. Ulbricht, a. a. O., S. 4.

<sup>76)</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>77)</sup> K. Tiedke, H. Puder, „Politik und Ökonomie und der Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität“, in: „Einheit“, Berlin-Ost 1963, Heft 2, S. 21.

<sup>78)</sup> „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1962“, in: „Neues Deutschland“ vom 29. 3. 1962, S. 4.

Rund ein Drittel von den der Zonen-Industrie zugeachteten 7,3 Mrd. DM-Ost sollten in die Grundstoffindustrie (Kohlenindustrie, Energiewirtschaft, Berg- und Hüttenwesen, Chemieindustrie) fließen, wobei die Chemieindustrie der Zone mit einem um rund 25 % höheren Investitionsanteil gegenüber 1961 absoluten Vorrang genoß.<sup>79)</sup>

Aber bereits Ende Juni 1962 mußte sich die SED-Führung auf einem Parteiplenum wiederum mit der Investitionstätigkeit beschäftigen. Wie aus dem Bericht des SED-Politbüros hervorging, war, was die Durchführung der für die Zonen-Wirtschaft wichtigen Investitionsvorhaben anbelangt, im ersten Halbjahr 1962 keine entscheidende Veränderung erreicht worden. „Der derzeitige Erfüllungsstand auf dem Gebiet der Investitionen“, so hieß es in diesem Bericht, „gefährdet die Durchführung der Aufgaben bis Jahresende“. Genau einen Monat später, Ende Juli 1962, befaßte sich der Zonen-Ministerrat mit dem Stand der Planerfüllung in der Wirtschaft. Zur Investitionstätigkeit hieß es in einem veröffentlichten Kommuniqué:

„Ein ernster Mangel besteht darin, daß vom Volkswirtschaftsrat, dem Ministerium für Bauwesen, den Räten einiger Bezirke und von Betrieben nicht die notwendigen Anstrengungen unternommen wurden, um die wichtigsten Industriebauten, wie das Erdölverarbeitungswerk Schwedt, termingemäß zu realisieren. Die Bauleistungen und Ausrüstungen wurden durch den Industriebau und den Maschinenbau nicht genügend koordiniert und auf die Durchführung der beschlossenen Programme konzentriert.“<sup>80)</sup>

#### Aufhebung einiger Rechtsnormen durch das neue „ökonomische Profil“

Auf der gleichen Tagung verabschiedete der Zonen-Ministerrat die „Verordnung über die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen“.<sup>81)</sup> Sie trat am 1. Oktober in Kraft und hob 46 auf diesem Gebiet bisher geltende Rechtsnormen auf. In dieser Verordnung, die erst ab 1. 1. 1964 voll wirksam wird — deshalb gelten zur Zeit sogen. Übergangsbestimmungen —, hat sich der Zonen-Ministerrat außerordentliche Eingriffsrechte gesichert, indem er sich die wichtigsten Investitionsvorhaben der Zonen-Wirtschaft, die maßgeblich das von der SED-Führung in Abstimmung mit der Moskauer Parteizentrale festgelegte neue „ökonomische Profil“ der Zone beeinflussen, nach eingehender Begutachtung (wie schon einmal zu Beginn des ersten Fünfjahresplanes — d. Verf.) zur Bestätigung vorbehält. Die SED verspricht sich von dieser neuen Überzentralisierung zweierlei: erstens, daß mit den Investitionen ein größerer Nutzen erreicht wird, und zweitens, daß die Fristen für die Inbetriebnahme der Anlagen verkürzt werden. Vor allem soll die eindeutige Orientierung auf die Rekonstruktion

<sup>79)</sup> „Aus der Rede des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission zum Volkswirtschaftsplan 1962“, in: „Neues Deutschland“ vom 29. 3. 1962, S. 3.

<sup>80)</sup> „Ministerrat zur Planerfüllung im 1. Halbjahr 1962“, in: „Neues Deutschland“ vom 28. 7. 1962, S. 2.

<sup>81)</sup> „Verordnung über die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen vom 26. Juli 1962“, Gesetzblatt der DDR 1962, Teil II, Nr. 56.

und die Rationalisierung der Industrie verhindern, daß Investitionsmittel für die Erweiterung und den Neubau von Betrieben eingesetzt werden, ohne daß die vorhandenen Grundmittel voll ausgenutzt sind.<sup>82)</sup> Mit der gesetzlichen Verankerung der kommunistischen These vom vorrangigen Wachstum der Schwerindustrie in dieser Investitionsverordnung setzte die SED-Führung durch, daß für absehbare Zeit die Zoneninvestitionen auf die Chemieindustrie, die Metallurgie, die Energiewirtschaft, die Kohleindustrie, den Maschinenbau usw. konzentriert werden. Einschneidende Veränderungen, die sämtlich unter „ökonomisierenden“ Vorzeichen stehen, sieht diese neue Verordnung in den einzelnen Stadien der Investitionstätigkeit vor, also in der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen.

Gewiß wird die Investitionsverordnung die Investitionspraxis der Zone in qualitativer Hinsicht beeinflussen, zumindest jedoch die größten Auswüchse und Mißstände der vergangenen Jahre einschränken. Einen Einfluß auf die Investitionsplanerfüllung des Jahres 1962 hatte diese neue Verordnung jedoch nicht. Wie aus der Mitteilung der Zonen-Zentralverwaltung für Statistik über die Erfüllung des Planes 1962 hervorging, betragen die Investitionen der Zonen-Wirtschaft 15,7 Mrd. DM-Ost, womit sie gegenüber dem Vorjahr um 210 Mill. DM-Ost stiegen. Der Investitionsplan wurde jedoch nur mit 95 % erfüllt. Dadurch blieben wichtige Vorhaben der Industrie der Zone hinter dem von der SED-Führung gesteckten Soll zurück. Die Chemieindustrie der Zone investierte 1962, dem Erfüllungsbericht zufolge, 200 Mill. DM-Ost mehr als 1961.<sup>83)</sup>

Daß aber die SED-Führung diese Investitionsverordnung als ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung ihrer neuen mit Moskau abgestimmten wirtschaftspolitischen Konzeption betrachtete, zeigte der Verlauf des 17. Parteipenums im Oktober 1962, das der Vorbereitung des VI. SED-Parteitag im Januar 1963 diene und auf dem diese Konzeption „bestätigt“ werden sollte. Auf diesem Plenum führte der Wirtschafts-Chief des SED-Zentralkomitees, Mittag, zur Investitionspolitik u. a. folgendes aus:

„Von großer Bedeutung für die Verwirklichung der Beschlüsse zur Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR ist die vom Ministerrat beschlossene ‚Verordnung über die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Investitionen‘. Mit der neuen Ordnung wurde eine wichtige Voraussetzung geschaffen, die Planung und Leitung der Investitionstätigkeit zu verbessern, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt mit Hilfe zielstrebigere Investitionspolitik zu beschleunigen und den ökonomischen Nutzeffekt der Investitionen zu erhöhen. Die Ordnung allein kann jedoch die Lage nicht verändern. Dazu ist die zielstrebige Arbeit der Leiter der Betriebe und VVB so-

wie der zentralen staatlichen Organe erforderlich. Die Hauptfrage ist nach wie vor die straffe Leitungstätigkeit und die richtige Organisation der Arbeit zur termingerechten Erfüllung des Investitionsplanes sowie eine strenge Kontrolle durch die verantwortlichen Leiter.“<sup>84)</sup>

#### Interpretation der neuen wirtschaftspolitischen Konzeption

Den Inhalt der neuen wirtschaftspolitischen Konzeption der SED-Führung skizzierte Partei-Chef Ulbricht auf diesem Plenum folgendermaßen:

„Für die Ausarbeitung unseres Programms war uns das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ... der Wegweiser. Die Entwicklung der nationalen Wirtschaft der DDR erfordert die Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion ... Die zentrale Aufgabe der SED auf ökonomischem Gebiet besteht darin, von den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus ausgehend, die nationale Wirtschaft der DDR auf der Grundlage des höchsten Standes der Wissenschaft und Technik entsprechend den besonderen Entwicklungsbedingungen unseres Landes zu gestalten. Das bedeutet die optimale Ausnutzung der eigenen Ressourcen der DDR und die Konzentration auf die Produktion hochveredelter, arbeitsintensiver, qualitativ hochwertiger Erzeugnisse mit niedrigen Selbstkosten. Beim Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft beachtet die DDR das Wirken des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung im Maßstab der Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und des ganzen sozialistischen Weltsystems. Die DDR wird die Grundsätze der internationalen sozialistischen Kooperation und Arbeitsteilung verwirklichen. Zugleich werden auf diesem Wege die durch die Spaltung Deutschlands verursachten Disproportionen in unserer Wirtschaft allmählich überwunden ... Unter diesen Umständen ist es notwendig, ... einen größeren Teil des Volkseinkommens für die Akkumulation, für die Investitionen, einzusetzen. Es ist notwendig, die Investitionen auf die entscheidenden Abschnitte der Volkswirtschaft zu konzentrieren, den Nutzeffekt genau zu berechnen und zu erreichen.“<sup>85)</sup>

Aufschlußreich in dieser neuen Konzeption ist die neue, von der SED aufgestellte Rangfolge der sogenannten führenden Zweige der Zonen-Wirtschaft, auf die sich künftig die Investitionen konzentrieren werden.

An erster Stelle rangiert die chemische Industrie, besonders die Petrochemie, es folgt die metallurgische Industrie der zweiten Verarbeitungsstufe, gefolgt von der Elektrotechnik, vor allem der Elektronik und jener Zweige des Maschinenbaus, die den raschen Fortschritt der Mechanisierung und Automatisierung bestimmen, weiter der Bau wissenschaftlicher Geräte und schließlich die Energiewirtschaft sowie an letzter Stelle das Verkehrswesen und die Landwirtschaft.

Auf diese Rangfolge gründet sich auch der neue von Partei-Chef Ulbricht auf dem VI. SED-Parteitag im

<sup>82)</sup> G. Spieß, „Die Durchführung der Investitionen neu geregelt“, in: „Die Wirtschaft“, Berlin-Ost 1962, Nr. 36 vom 5. 9. 1962, S. 8.

<sup>83)</sup> „Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1962“, in: „Neues Deutschland“ vom 21. 2. 1963, S. 3.

<sup>84)</sup> G. Mittag, „Hauptaufgabe: Weltmarktfähige, qualitäts- und bedarfsgerechte Produktion“, Aus dem Bericht des SED-Politbüros an die 17. Tagung des Zentralkomitees, in: „Neues Deutschland“ vom 9. 10. 1962, S. 3.

<sup>85)</sup> W. Ulbricht, „Die Vorbereitung des VI. Parteitages der SED“, Referat auf der 17. Tagung des Zentralkomitees, Abschnitt IV, in: „Neues Deutschland“ vom 14. 10. 1962, S. 3.

Januar 1963 in seinen Grundzügen vorgetragene Siebenjahresplan 1964 bis 1970, der aus dem 1962 vorzeitig abgebrochenen Siebenjahresplan 1959/65 lediglich die begonnenen Investitionsvorhaben übernimmt. Der Gesamtumfang der Investitionen, der mit über 130 Mrd. DM-Ost angegeben wird, soll von 16,8 Mrd. DM-Ost im Jahre 1963 auf 28 Mrd. DM-Ost im Jahre 1970 steigen. Davon sollen 1970 in den Bereich der sogen. materiellen Produktion 83 % gehen, während bisher dieser Prozentsatz unter 80 lag. Wie aus dem Industrie-Beschluß des VI. Parteitages zu entnehmen ist (für die Zonen-Landwirtschaft sind 19 Mrd. DM-Ost bis 1970 vorgesehen — d. Verf.), soll sich das Schwergewicht der Investitionstätigkeit in der chemischen Industrie auf den Aufbau des Erdölverarbeitungs-werkes Schwedt/Oder, des Werkteiles Leuna II, des Chemiefaserwerkes Guben sowie auf die umfangreichen Maßnahmen zur Modernisierung vorhandener Chemie-Anlagen richten. Schwerpunkte in der Energiewirtschaft werden der Aufbau von wirtschaftlichen Großkraftwerken sein, vor allem bei Lübbenau (Lübbenau III), Vetschau und Boxberg. Um die Bedürfnisse der Zonen-Wirtschaft an Qualitäts- und Edelmetallen sowie an Erzeugnissen der zweiten Verarbeitungsstufe zu befriedigen, ist vorgesehen, das Eisenhüttenkombinat Ost mit vollem metallurgischen Zyklus zu entwickeln, wofür über 2 Mrd. DM-Ost für die Schaffung von etwa 540 000 t Kaltband- und Feinblech-Kapazitäten aufgewendet werden sollen. Schließlich sieht der Industrie-Beschluß vor, die Kaliindustrie der Zone durch ein neues Kaliwerk mit einer Kapazität von etwa 200 000 t in Bernburg-Aderstedt und ein zweites auf der Scholle von Calvörde auszubauen.<sup>86)</sup> Nicht unerwähnt bleiben sollen in diesem Zusammenhang ferner solche Investitionsobjekte wie das Rohrwerk des Stahl- und Walzwerkes Riesa, das in Zeithain bei Riesa errichtet wird und Ende 1965 mit der Produktion beginnen soll. 500 Mill. DM-Ost wurden hierfür bereitgestellt. Zu nennen bleiben weiter die Präzisionsrohrzieherei Finow, größere Erweiterungsbauten im Walzwerk Hettstedt, im Mineralölwerk Lützkendorf und im Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe“.

#### BEDROHLICHE ZWISCHENBILANZ

Parteichef Ulbricht führte zur Investitionspolitik der Zone bis 1970 auf dem SED-Parteitag im Januar 1963 aus:

„Die Hauptaufgabe unserer Investitionspolitik bis 1970 ist es . . . , eine ständig wachsende Investitionssumme auf die führenden Zweige der Volkswirtschaft zu konzentrieren und den Ausrüstungsanteil zu erhöhen. Die Investitionen sind nur dann, wenn es die volkswirtschaftliche Notwendigkeit unbedingt verlangt, für die Errichtung neuer Betriebe einzusetzen. Im Vordergrund der Investi-

tionstätigkeit steht vielmehr die Aufgabe, die volkswirtschaftlich wichtigsten Betriebe auf der Grundlage des Einsatzes modernster Produktionsmittel zu rekonstruieren, um auf diese Weise zu hochproduktiven Fertigungsverfahren zu kommen. In diesem Zusammenhang ist ein angemessener Teil der Mittel für Rationalisierungsmaßnahmen bereitzustellen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Produktion von Produktionsmitteln vorrangig zu entwickeln. Um mit diesen Investitionen den erforderlichen hohen Nutzeffekt zu erreichen, müssen die leistungsfähigsten Maschinen und Anlagen unter Berücksichtigung der rationellsten technologischen Verfahren eingesetzt werden.“<sup>87)</sup>

Entsprechend dieser Forderung Ulbrichts traf die SED-Führung bereits für 1963 Vorsorge, daß die „Invest-Ruinen“-Misere der Zonen-Wirtschaft durch das neue Investitionsprogramm ab 1964 keine Verschärfung erfährt. So wurden in den Zonen-Wirtschaftsplan 1963 nur solche Investitionsvorhaben aufgenommen, deren Vorbereitung abgeschlossen ist und die einen hohen Nutzeffekt für die Volkswirtschaft haben.<sup>88)</sup> Insgesamt sollen 16,8 Mrd. DM-Ost 1963 investiert werden, das sind 1,16 Mrd. DM-Ost mehr als 1962. Davon sind für die Industrie 7,7 Mrd. DM-Ost, für die Landwirtschaft 1,9 Mrd., für das Transport- und Nachrichtenwesen 1,8 Mrd., für den Binnenhandel 204,8 Mill., für Kultur, Volksbildung, Gesundheits- und Sozialwesen 229,5 Mill. und für den Wohnungsbau und den Aufbau der Stadtzentren 2,2 Mrd. DM-Ost vorgesehen. In dem Beschluß der Zonen-Volkskammer über den Plan 1963 ist festgelegt, daß durch Konzentration der materiellen Mittel auf die Beendigung begonnener Vorhaben im Jahre 1963 687 Vorhaben fertigzustellen und die vorgesehenen Kapazitäten in Betrieb zu nehmen sind.<sup>89)</sup>

Allerdings mußte der Zonen-Ministerrat am 16. Mai 1963 in einer ersten Zwischenbilanz für die Erfüllung des Planes 1963 feststellen, daß die bei wichtigen Investitionsvorhaben wiederum eingetretenen Terminverzögerungen den Anlauf des Siebenjahresplanes 1964 und damit die Verwirklichung der neuen investitionspolitischen Konzeption der SED-Führung ernsthaft gefährden. „Aufholepläne“, „Massenwettbewerbe“, „Aufrufe“, „Appelle“ kennzeichnen im Sommer 1963 einen von hektischer Betriebsamkeit geprägten Arbeitsstil der Partei- und Wirtschaftsfunktionäre, der zwar nicht vom „ökonomischen Denken und Handeln“ diktiert ist, von dem sich die SED-Führung jedoch, wie schon in früheren Zeiten, wieder einmal alles erhofft. Aber, um mit Brecht zu sprechen, die Verhältnisse sind nun mal nicht so. (t)

<sup>87)</sup> W. Ulbricht, „Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED“, in: „Neues Deutschland“ vom 16. 1. 1963.

<sup>88)</sup> G. Spieß, a. a. O., S. 8.

<sup>89)</sup> „Beschluß der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1963“, in: „Neues Deutschland“ vom 2. 12. 1962, S. 3.

<sup>86)</sup> „Beschluß des VI. Parteitages der SED über die Aufgaben in der Industrie . . .“, in: „Neues Deutschland“ vom 27. 1. 1963, S. 3.